Berlin, 1. Juni 1896.  No. 59.
10. Jahrgang (19. Semester.)

Monatsberichte
der
Freien Wissenschaftlichen Vereinigung
an der Universität Berlin.

Vereinslokal: Berlin N., Friedrichstr. 131 d, II. Hof, II Treppen.

Inhalt:

15. Stiftungsfest der F. W. V.

Der unterzeichnete Fest-Ausschuss erlaubt sich hierdurch, alle lieben AH. AH. und Vbr. Vbr. zur Feier des diesjährigen Stiftungsfestes der F. W. V. Berlin geziemend einzuladen.

Fest-Veranstaltungen.

Freitag, den 19. Juni: Empfang der auswärtigen Gäste auf der Kneipe (Friedrichstr. 131 d) abends von 8 h. c. t. an. Gemütliches Beisammensein.

Sonnabend, den 20. Juni: Festkommers im Vereinslokal.

Sonntag, den 21. Juni: Exbummel nach Kloster Chorin. Abfahrt Stettiner Bahnhof. Gemeinschaftliches Mittagessen. Nachzügler haben bequemen Eisenbahn-Anschluss.

Montag, den 22. Juni: Frühschoppen 11 h. c. t. auf der Kneipe; ebendaselbst um 1½ h. c. t. gemeinsames Mittagessen. Nachmittags Exbummel nach der **Gewerbe-Ausstellung**. Abendschoppen.

Genauere Auskunft über die Einzelheiten des Festes, sowie über Unterkunft bei Berliner Vbr. Vbr. erteilt den Auswärtigen auf Anfrage jederzeit der Unterzeichnete.

Der Fest-Ausschuss hofft, die auswärtigen AH. AH. und Vbr. Vbr. dieses Mal in anbetracht der Gewerbe-Ausstellung aussergewöhnlich zahlreich in Berlin begrüssen zu können und bittet alle diejenigen, welche die Absicht haben, die Berliner Gewerbe-Ausstellung zu besuchen, wenn irgend möglich, diesen Besuch auf die Zeit des Stiftungsfestes zu verlegen.

Der Fest-Ausschuss bittet die Berliner Vbr. Vbr., ihm möglichst bald mitzuteilen, wer bereit ist, für die Dauer des Stiftungsfestes auswärtige AH. AH. und Vbr. Vbr. bei sich aufzunehmen.

Gleichzeitig setzt der Ausschuss für ein ernstes und ein heiteres nach bekannter Melodie sangbares Lied je einen Preis aus. Die Lieder sind anonym mit einem Motto versehen bis zum 15. Juni einzureichen; beizufügen ist ein verschlossenes Couvert, das aussen das Motto, innen den Namen des Verfassers enthält.

Sämtliche Zuschriften sind an den Unterzeichneten erbeten.

Der Festausschuss.
I. A.
Dr. med. **W. Plessner**, F. W. V. AH.
Berlin N., Schönhauser-Allee 31 pt.

Die F. W. V. und die Lesehallenwahl.

Die F. W. V. hat am 4. Mai den Beschluss gefasst, an den diesjährigen Lesehallenwahlen sich nur dann zu beteiligen, wenn der Sozialwissenschaftliche Verein oder das Komité der sogenannten »Unabhängigen« dies nicht thut. Dieser Beschluss an sich scheint die Freunde wie die Gegner der sogenannten politischen Richtung innerhalb unserer Vereinigung weniger überrascht zu haben, als der Umstand, dass durch den Beschluss einem von mir gestellten Antrage stattgegeben wurde. Namentlich die Freunde der sogenannten wissenschaftlichen Richtung bekundeten dies, indem sie ihrer Freude über meine Bekehrung Ausdruck gaben. So schmeichelhaft diese Freude für mich ist, — ich kann sie leider nicht für berechtigt halten, ich kann eine Bekehrung meinerseits nicht anerkennen. Deswegen folge ich gern einer Aufforderung des gegenwärtigen Leiters der R. K. und will an dieser Stelle die Gründe auseinandersetzen, welche die Veranlassung des erwähnten Antrages bildeten.

Ein Meinungswechsel, insbesondere eine prinzipielle Schwenkung, liegt auf meiner Seite nicht vor. Wohl aber kann ich mir erklären, woher diese irrige Annahme stammt; anscheinend daher, dass ich in einem Aufsatz in Nr. 34 der Monatsberichte für die Beteiligung an den Lesehallenwahlen eingetreten bin. Aber in diesem Aufsatze habe ich bereits ausdrücklich die Beteiligung an den Lesehallenwahlen bezeichnet als »eine Verpflichtung, die für uns solange besteht, als nicht andere an unsere Stelle treten.« Seit zwei Jahren nun beteiligt sich die sozialwissenschaftliche Studentenvereinigung, bez. ein aus ihrer Mitte hervorgegangenes Komité, an den Lesehallenwahlen, scheinbar auch im Gegensatze zu uns, thatsächlich aber hauptsächlich zu dem Zwecke, den Einfluss des V. D. St. zu brechen. Wenn wir trotzdem zwei Jahre lang auch unsererseits mit eigenen Kandidaten in den Wahlkampf traten, so konnten wir uns darauf berufen, dass vorläufig eine abwartende Haltung gegenüber dieser neuen Gruppe am Platze sei, und dass wir daher die Position, die wir in der Lesehalle hatten, nicht von vornherein ganz aufgeben wollten. Aber auch schon in diesen beiden Jahren hat das getrennte Vorgehen zu einer bedauerlichen Stimmenzersplitterung geführt. Diese Stimmenzersplitterung war vor 2 Jahren Veranlassung, dass der V. D. St. den Vorsitz und damit scheinbar den Sieg behielt; sie zwang im Vorjahre die Gegner des V. D. St. zu einer unnatürlichen Koalition mit den Berliner Burschenschaften, in welchen man doch höchstens Konkurrenten, nicht Gegner des V. D. St. erblicken kann. Unter diesen Umständen wäre es ein taktischer Fehler gewesen, von neuem allein vorzugehen. So wurde der obenstehende Beschluss gefasst, auf die Gefahr hin, dass von den Sozialwissenschaftlern, resp., wie sie sich wohl nennen werden, den Unabhängigen, auch ein Zusammengehen mit uns abgelehnt, und uns damit jede Vertretung im Direktorium genommen würde. Wir haben ja stets behauptet, dass es nicht kleinliche Vereinsinteressen sind, die wir vertreten, sondern die Interessen der gesamten Berliner Studentenschaft. Hier war der Ort, dies zu beweisen, und so fassten wir den obenstehenden Beschluss.

Es hiesse die Thatsachen verschleiern, wenn ich nicht zugeben wollte, dass aus inneren Gründen diese Entlastung der Vereinigung sehr gelegen kommen muss. Möge die F. W. V. Berlin diese Erleichterung ihrer Aufgaben benutzen, um dem inneren Ausbau, der Ausbesserung von Schäden, welche die letzten Semester verursacht haben, ihre ganze Kraft zu widmen.

Dr. Curt Freudenberg.
F. W. V. (Berlin) AH.

Noch einmal die Kartellfrage.

Was will Schwarzschild*) eigentlich beweisen? Dass einzig und allein Berlin an allem schuld ist? Er wird doch nie und nimmer die zwei Thatsachen aus der Welt schaffen, dass Heidelberg den Kannantrag gestellt, und dass wiederum Heidelberg nach Ablehnung desselben das Kartell gekündigt hat.

Schwarzschild hat allerdings Annahme des Antrages erwartet und will dazu zum Teil auch durch meine Ausführungen in Heidelberg verleitet sein. Ich habe ihm zu dieser Auffassung wahrhaftig keinen Anlass gegeben, habe vielmehr wiederholt und deutlich, so dass ein Missverständnis ausgeschlossen sein musste, erklärt, dass meiner, in jedem Falle unmassgeblichen Ansicht nach Berlin auf den von mir zu erstattenden Bericht hin mindestens mit Ablehnung des Antrages, vielleicht mit Lösung des Kartells antworten würde.**) Das werden mir besonders Driesen und Emanuel bestätigen.

Auch in einem anderen Punkte hat mich Schwarzschild missverstanden. Ich habe, in Uebereinstimmung mit meiner Vereinigung, dem Driesen'schen Briefe niemals die von Schwarzschild angenommene Wichtigkeit beigemessen. Wir wären auf denselben nicht zurückgekommen, wenn wir nicht Grund zu der Annahme gehabt hätten, dass die ganze Heidelberger Vereinigung hinter ihrem Vorsitzenden stände und für den Fall der Nichtannahme ihres Antrages mit Kartellbruch drohe. Es ist falsch, dass der Annahme des Antrages lediglich dieser Brief im Wege gestanden hätte, vielmehr musste derselbe gerade darum von Heidelberg desavouiert oder zurückgenommen werden, damit Berlin sachlich und ohne Zwang beraten und abstimmen konnte.

Nach Ablehnung des Antrages in Berlin erwartete nun Schwarzschild weiter, dass derselbe postwendend in Berlin von neuem gestellt und angenommen würde. Eine sehr schmeichelhafte Ansicht von der Gesinnungstüchtigkeit der Berliner, zu welcher — leider — einige Berliner Vereinsbrüder durch private Aeusserungen Anlass gegeben zu haben scheinen. Gewiss werden auch in der Berliner Vereinigung perplexe Beschlüsse gefasst, solche aber, wie sie Schwarzschild erwartet, Gott sei Dank noch nicht. Dafür wird die Vereinigung, die

*) Vergl. Nr. 58, S. 2.

**) Vergl. auch meine Ausführungen in Nr. 55, S. 1.

sich eben so deutlich ausgesprochen und nichts weiter zu thun hatte, als die Antwort Heidelbergs zu erwarten, von Schwarzschild mit den Worten niedergeschmettert: »Und in Berlin geschah nichts.«

Leider ist in Berlin mehrfach bei passender Gelegenheit nichts oder nicht genug geschehen. Indessen hinsichtlich der vorliegenden Angelegenheit brauchen wir uns diesen Vorwurf nicht gefallen zu lassen. Hier hat Berlin meiner ehrlichen Ueberzeugung nach immer rechtzeitig, folgerichtig und besonnen gehandelt. Klarheit ist nur noch in einem Punkte zu schaffen, der allerdings Schwierigkeiten zu bereiten scheint. Es handelt sich um die Frage, wie sich das künftige Verhältnis der Vereinigungen gestalten soll.

Meines Ermessens kommt es hierbei vielmehr auf die Gesinnung wie auf Beschlüsse an. Möge sich die rechte Gesinnung bald einstellen!

— Einem Teile des Schwarzschild'schen Artikels ist, wie ich übrigens bemerken möchte, gegen meine Stimme, die Aufnahme versagt worden. Zu meinem Bedauern kann ich daher diese Ausführungen nicht so kennzeichnen, wie ich es gern gethan hätte.

Dr. Felix Pick. A.H.

Beiträge zur Geschichte der Freien Wissenschaftlichen Vereinigungen.

II. Die beiden ersten Semester.

Von Paul Hirsch F. W. V. (Berlin) A. H.

(Schluss.)

Die junge Vereinigung wusste sich durch ihre zunächst nur auf die Pflege der Wissenschaft unter ihren Mitgliedern gerichtete Thätigkeit bald die Sympathieen weiter Kreise der Studentenschaft zu erwerben, so dass die Mitgliederzahl sich am Ende des ersten Semesters bereits auf 152 belief. Von Vorträgen aus dem S. S. 1881 sind ausser der bekannten Spangenberg'schen Rede der des Stud. jur. Schubert über »Nationalität und Humanität« und der des Stud. med. Ascher über »Wege und Ziele der Kulturentwicklung« zu nennen. Die Sitzungen fanden schon damals des Montags abends statt, doch erfreute sich die F. W. V. nicht einmal eines ständigen Vereinslokals, geschweige denn eines eigenen Heims, wie es der heutigen Generation vergönnt ist; die Zusammenkünfte wurden bald in diesem, bald in jenem Lokal abgehalten. Erst am 11. Juli wurde dem Vorstande die Kompetenz zur Wahl eines ständigen Vereinslokals gegeben.

Neben den rein wissenschaftlichen Bestrebungen schenkte die Vereinigung den Vorgängen innerhalb der Berliner Studentenschaft volle Aufmerksamkeit, um zu gegebener Zeit wohl gerüstet auf dem Kampfplatz erscheinen zu können. Die erste Gelegenheit, an die Oeffentlichkeit zu treten und eine Kraftprobe abzulegen, boten die für das W. S. 1881/82 bevorstehenden Ausschuss- und Lesehallenwahlen.

Die Leitung der akademischen Lesehalle lag bisher vollständig in den Händen eines Direktoriums, das sich aus Kandidaten des »Komités zur Bekämpfung der antisemitischen Agitation innerhalb der Studentenschaft« zusammensetzte. Bei der Neuwahl am Ende des W. S. 1880/81 gelang es dem V. D. St. den Sieg davon zu tragen. Wegen der bei dieser Wahl zu Tage getretenen Vergewaltigung erkannte jedoch das Kuratorium, in welchem ausser dem damaligen Rektor, Prf. Hofmann, auch Virchow und Mommsen sassen, das neue Direktorium nicht an und ersuchte das alte, vorläufig bis zur Regelung der Streitfrage die Geschäfte weiter zu führen. Da auch das neue Direktorium seinen vermeintlichen Pflichten nachkommen zu müssen glaubte, so schloss der Rektor, um den Frieden unter der Studentenschaft wiederherzustellen, am 8. März 1881 wegen der »illegalen Wahlen« die Lesehalle gänzlich. Infolge der Beschwerde der nichtstudentischen Mitglieder, die von dieser Massregel hart betroffen wurden und in den Tageszeitungen darüber Klage führten, wurde das Institut jedoch schon nach wenigen Tagen wieder geöffnet.

Im Mai wurden die Lesehallenwahlen endgiltig kassiert. Die Neuwahl vom 17. Mai brachte einen völligen Sieg der sogenannten nationalen Richtung. Aber auch diesmal bestätigte das Kuratorium die Wahlen nicht, sondern übertrug die vorläufige Verwaltung der Lesehalle dem früheren Direktorium, nachdem sich auf besonderen Wunsch des Rektors das »Komité zur Bekämpfung der antisemitischen Agitation innerhalb der Studentenschaft« bereits vorher aufgelöst hatte. Der Termin der Neuwahlen wurde ins ungewisse hinausgeschoben.

Durch diese Vorgänge steigerte sich natürlich das Interesse an dem Ausgang des Streites. Anhänger beider Parteien traten in ungewöhnlicher Stärke in die Lesehalle ein, deren Mitgliederzahl zu Beginn des W. S. 1881/82 in ganz kurzer Zeit von 379 auf über 1000 stieg. Die Wahlen erfolgten damals noch nicht, wie heute, durch Listen, sondern in einer öffentlichen Generalversammlung. Nach dem durchaus ungerechten Wahlmodus war es nicht möglich, dass die verschiedenen Parteien eine ihrer Stärke entsprechende Anzahl von Vertretern durchbrachten, vielmehr besetzte diejenige Partei, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigte, sämtliche Stellen im Direktorium. Gegen den Willen von Virchow, Mommsen, Hofmann und Koner, die, um nicht von neuem die Fackel der Zwietracht in die Reihen der Studentenschaft zu werfen, die Neuwahl noch nicht vorgenommen wissen wollten, und als sie mit ihrer Ansicht nicht durchdrangen, aus dem Kuratorium ausschieden, beriefen nunmehr Rektor und Senat die Generalversammlung der Lesehalle auf den 11. Januar 1882. Der F. W. V., die hier zum erstenmal auf dem Kampfplatze erschien, gelang es dank ihrer vorzüglichen Agitation, 436 Stimmen auf sich zu vereinigen, während der V. D. St. es nur auf 370 Stimmen brachte. Mitten in der Abstimmung wurde jedoch die Versammlung infolge des übergrossen Tumults von dem überwachenden Polizei-Lieutenant aufgelöst. Infolgedessen wurde die Wahl am 25. Januar wiederholt, und auch jetzt wurden wieder die Kandidaten

der F. W. V. mit 477 Stimmen gewählt, während die des V. D. St. mit 452 Stimmen in der Minderheit blieben. Zum ersten Mal hatte die Vereinigung sich an einer Wahl beteiligt und sofort den Sieg davongetragen. Die Lesehalle blieb von nun an viele Semester hindurch die viel umstrittene, aber stets siegreich behauptete Domaine der F. W. V. Erst später wurde die Zusammensetzung des Direktoriums infolge der veränderten Zeitverhältnisse und des verbesserten Wahlmodus eine wesentlich andere.

Nicht so günstig waren die Erfolge der F. W. V. bei den Ausschusswahlen. Die Wahlen, die eigentlich zu Beginn des W. S. 1880/81 hätten stattfinden müssen, waren vom Rektor, »um Kämpfe zu vermeiden,« bis auf das Ende des Semesters verlegt. Am 3. und 4. März 1881 trug der V. D. St. in der juristischen und theologischen, das »Comité« in der medinischen und philosophischen Fakultät den Sieg davon, während die in der öffentlichen Studentenversammlung gewählten Vertreter ebenfalls dem V. D. St. angehörten. Im S. S. 1881 proklamierte das »Comité« ursprünglich Wahlenthaltung, sodass in der Versammlung am 14. Mai die Anhänger des vom V. D. St. gebildeten Kartells fast einstimmig gewählt wurden. Das »Comité« änderte nunmehr seine Taktik und stellte für die Fakultätswahlen eigene Kandidaten auf, die jedoch sämtlich unterlagen, wohl hauptsächlich, weil infolge der erst in letzter Stunde beschlossenen Teilnahme am Wahlkampf nicht in genügender Weise mehr agitiert werden konnte.

Im W.-S. 1881/82 beteiligte sich die F. W. V. zum ersten Mal an den Ausschusswahlen; es gelang ihr aber nur in der medizinischen Fakultät, ihren Kandidaten Ascher durchzubringen. Selbst ihr Führer Spangenberg unterlag. Infolge eines Formfehlers wurden die Wahlen kassiert, aber bei der Neuwahl am 14. Januar 1882 siegte wiederum die antisemitische Partei trotz der lebhaften Agitation, welche die F. W. V. betrieben hatte.

Die Tageszeitungen nahmen damals an den Vorgängen innerhalb der Studentenschaft regen Anteil. Namentlich ergriff das »Deutsche Tageblatt« bei jeder Gelegenheit die Partei des V. D. St. Auch für die Ausschusswahlen hatte es eifrig Propaganda im Sinne des antisemitischen Kartells gemacht und es in einem längeren Artikel für die Ehrenpflicht eines jeden deutschen Studenten erklärt, persönlich bei der Wahl zu erscheinen und auch noch möglichst viel Bekannte mit heranzubringen, da sonst die Vertretung der Studentenschaft in die Hände und die Macht einer extremen radikalen Partei übergehe. Infolgedessen sah sich die eifrig thätige Presskommission der F. W. V. veranlasst, an die liberalen Zeitungen folgende Erwiderung zu senden: »Wir hielten es bisher für die Pflicht der anständigen Presse, nicht immer studentische Angelegenheiten zu hoher politischer Wichtigkeit aufzublasen, den oft unsauberen Parteienkampf in unsere Jugend zu tragen, Hass und Zwietracht in ihr zu säen. Das »Deutsche Tageblatt« scheint hierin anderer Meinung zu sein, es entblödet sich nicht einmal, von einer »radikalen Partei« zu sprechen, welche die Herrschaft in der Studentenschaft anstrebt. Natürlich sind damit die besonnenen Elemente gemeint, welche sich entrüstet von der wüsten Agitation eines durch die Brandreden der neuesten Reaktionsapostel irregeleiteten Teiles unserer akademischen Jugend abwenden. Gerade durch diese letztere Gruppe ist die ganze harmlose Institution des Ausschusses, der kaum eine weitergehende Aufgabe hat, als allgemein akademische Festlichkeiten zu leiten, zu einem Objekt wilder Kämpfe gemacht worden, in deren Folge Verbissenheit und Verbitterung die alte Einmütigkeit der studentischen Jugend zerfressen hat. Wir hoffen ebenfalls, dass jeder deutsche Student es jetzt als Ehrenpflicht ansehen wird, zur Ausschusswahl zu erscheinen, um diese Institution von allen Elementen zu reinigen, welche unter dem Deckmantel allgemein studentischer Interessen Schildknappendienste für fanatische Agitatoren leisten.«

Die F. W. V. beteiligte sich also schon damals an den Wahlen, nicht um ihren eigenen Interessen zu dienen, wie ihr von gegnerischer Seite oft vorgehalten wurde, sondern lediglich, um den Parteistreit aus der Studentenschaft zu verbannen. Das beweist auch der am 19. Dezember 1881 gefasste Beschluss der Vereinigung, dahin zu wirken, dass das Institut des Ausschusses gänzlich abgeschafft werde.

Wie grosser Sympathieen sich die F. W. V. unter Studenten und Professoren erfreute, zeigte der am 13. Dezember 1881 abgehaltene erste grosse Semesterkommers, an welchem u. a. der damalige Rektor, Prf. Curtius, sowie die Professoren Virchow, Wattenbach, Böckh, Lasson, Tobler, Goldschmidt, Hirschberg, Michelet, Christiani, Bresslauer und die Abgeordneten Löwe und Hermes teilnahmen. Auch der berühmte Rechtslehrer Prf. Windscheid aus Leipzig und der Physiker Prf. Karsten aus Kiel waren der Einladung gefolgt. Die bei diesem Anlass von Virchow und Windscheid gehaltenen Reden waren ganz dazu angethan, die Vereinsbrüder zum Fortschreiten auf der einmal betretenen Bahn anzufeuern.

Im übrigen beschäftigte sich die Vereinigung eifrig mit der Pflege der Wissenschaft und mit ihrer inneren Ausgestaltung. Die für Ausarbeitung der Satzungen, der Ehrengerichtsstatuten, des Bierkomments sowie zur Herbeiführung einer zweckmässigen Organisation der Vereinsbrüder eingesetzten Kommissionen kamen in vollem Masse ihrer Pflicht nach, und der Erfolg blieb nicht aus. Von Politik hielt sich die Vereinigung gänzlich fern, ja, sie war in diesem Punkte bisweilen etwas zu engherzig. So lesen wir in dem Bericht über einen Vortrag des Stud. phil. Adler vom 20. Februar 1882 über die monistische Weltanschauung: »Da der Redner gegen Ende seines Vortrags zu sehr ins politische Gebiet abschweifte, so sah sich der Vorsitzende genötigt, ihn zu unterbrechen und zur Sache zu rufen.«

Aber die F. W. Ver Idee beschränkte sich nicht blos auf Berlin: In Breslau war bereits im W. S. 1881/82 eine F. W. V. gegründet, und aus Strassburg kam die Nachricht von der bevorstehenden Konstituierung eines Brudervereins, der jedoch allem Anschein nach nicht ins Leben getreten ist.

So waren in den ersten beiden Semestern die Grundlagen für eine gedeihliche Entwickelung gegeben.

Die Vereinigung stand im Innern einig und gekräftigt da, sie erfreute sich eines grossen Ansehens, das von Tag zu Tag wuchs. Erst die Stürme späterer Semester haben dieser Entwickelung Einhalt gethan.

Aus Zeitungen.

Die »Vossische Zeitung« brachte am 27. Mai folgende Nachricht aus Brünn: »In der hier abgehaltenen Hauptversammlung des Deutschen Schulvereins besprach der Obmann Dr. Weitlof den bedauerlichen Rückgang in den Einnahmen des Vereins. Eine lebhafte Erörterung rief ein Antrag der antisemitischen Vertreter hervor, den Ortsgruppen das Recht einzuräumen, selbständig über die Aufnahme von Mitgliedern zu entscheiden, damit Juden von der Mitgliedschaft ausgeschlossen werden können. Die Vereinsleitung beantragte Ablehnung des Antrages, da sonst sofort ein grosser Theil der Vereinsmitglieder austreten würde. Der frühere deutschnationale Abg. Dr. Kaniak sagte, der Antrag werde so lange wiederholt werden, bis er angenommen würde. Dr. Steinwender drohte im Falle der Ablehnung mit der Auflösung einer Anzahl Ortsgruppen. Prof. Schwarz führte aus, der Antrag bedeute Beunruhigung der Thätigkeit des Schulvereins für alle Zeiten. »Werfen Sie einfach die Juden hinaus, und wir werden gehen. Bevor wir aber gehen, zeigen Sie durch Arbeit und Opfer, dass Sie uns ersetzen können.« Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit 675 gegen 305 Stimmen abgelehnt.«

Ueber die Mitwirkung der Polizeibehörden behufs Verhinderung allgemeiner, ohne Genehmigung des Rektors veranstalteter Studentenversammlungen ist von den Ministern des Kultus und des Innern eine Verfügung erlassen worden, in welcher es heisst:

»Die Polizeibehörde, bei welcher eine Anzeige über eine Studenten-Versammlung erstattet wird, oder die Genehmigung zu einer öffentlichen Studenten-Versammlung unter freiem Himmel oder einem Aufzuge nachgesucht wird, ist sowohl berechtigt als verpflichtet, vor Erteilung der polizeilichen Bescheinigung oder Genehmigung sich zu vergewissern, ob auch die erforderliche Genehmigung des Rektors eingeholt ist. Kann letztere nicht beigebracht werden, so wird zwar die polizeiliche Bescheinigung oder Genehmigung erteilt werden können; gleichzeitig wird den Unternehmern indessen zu eröffnen sein, dass die Versammlung oder der Aufzug nicht zugelassen werden könne, wenn nicht spätestens bis zum Beginn die erforderliche Genehmigung des Rektors beigebracht werde. Andererseits wird allerdings aus dem Umstande, dass der Rektor die Genehmigung ausgesprochen hat, nicht gefolgert werden können, dass die polizeiliche Bescheinigung oder Genehmigung ohne weiteres zu erteilen sei. Es lassen sich Fälle denken, in denen die Polizeibehörde ungeachtet der durch den Rektor erfolgten Genehmigung die polizeiliche Bescheinigung oder Genehmigung für Versammlungen oder Aufzüge von Studierenden zu versagen Veranlassung findet.«

Die Regierungspräsidenten sind aufgefordert, Anweisungen ergehen zu lassen, dass in allen Fällen, in denen Anzeigen über abzuhaltende Studentenversammlungen erstattet oder Anträge auf Genehmigung von öffentlichen Studenten-Versammlungen unter freiem Himmel oder Aufzügen gestellt werden, dem Rektor davon unverzüglich Mitteilung gemacht werde. Der Kultusminister hat die Universitätsrektoren angewiesen, den Studirenden zur Kenntniss zu bringen, dass die Unternehmer einer Studenten-Versammlung sich zunächst an den Rektor zu wenden und zuvörderst dessen Genehmigung einzuholen haben, bevor sie ihre Anträge auf Bescheinigung der Anmeldung an die Ortspolizeibehörde richten.

Geschäftliches.

1. ordentliche Sitzung 27. IV. 96.

Antrittskneipe.

1. ausserord. Hauptversammlung 30. IV. 96.

1. Heidelberger Angelegenheit.
   a) Antrag Hirsch: F. W. V. Berlin hält, nachdem seitens der F. W. V. Heidelberg das Kartell gelöst ist, eine reinliche Scheidung zwischen beiden Vereinigungen für notwendig. Sie verbietet deshalb ihren Mitgliedern den Eintritt in die F. W. V. Heidelberg — abgelehnt.
   b) Antrag Freudenberg, 1. Teil: F. W. V. Berlin wird auch fernerhin ihrerseits nichts thun, was die Beziehungen zur F. W. V. Heidelberg stören könnte — angenommen.
   Antrag Freudenberg, 2. Teil: F. W. V. Berlin hat keine Veranlassung, ihren Mitgliedern den Eintritt in die F. W. V. Heidelberg zu verbieten — abgelehnt.
   c) Antrag Frankfurter-Gordan: F. W. V. Berlin gestattet auch ihrerseits, dass ihre Mitglieder sich in die F. W. V. Heidelberg zum Eintritt melden — abgelehnt.
   d) Bei nochmaliger namentlicher Abstimmung wird obiger Antrag Hirsch mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen.
2. Neuwahl der Stiftungsfestkommission (siehe unter Ämter).

2. ordentliche Sitzung 4. V. 96.

1. Der Vorstand erklärt unter Zustimmung der Vereinigung sämtliche am 30. IV. in der Sache Heidelberg gefassten Beschlüsse für ungültig.
2. Antrag Hirsch:
   a) F. W. V. Berlin hält, nachdem seitens der F. W. V. Heidelberg das Kartell gelöst ist,

eine reinliche Scheidung zwischen beiden Vereinigungen für notwendig. Sie verbietet deshalb ihren Mitgliedern den Eintritt in die F. W. V. Heidelberg — in namentlicher Abstimmung mit 12 gegen 10 Stimmen angenommen.

b) Diejenigen Aktiven oder Auswärtigen, welche beiden Vereinigungen angehören, sind vom Vorstande aufzufordern, sich zu entscheiden, in welcher von beiden Vereinigungen sie in Zukunft als Mitglieder verbleiben wollen — angenommen.

c) Den Alten Herren des früheren Verbandes, welche in Berlin und Heidelberg oder nur in Heidelberg aktiv waren, bleibt es überlassen, ob sie noch weiter in der Liste der Berliner AH. AH. geführt werden wollen — angenommen.

d) Falls ein diesbezüglicher Antrag von der F. W. V. Heidelberg gestellt wird, ist die F. W. V. bereit, ein Kartell unter den früheren Bedingungen zu schliessen — angenommen.

3. Antrag des Vorstandes betr. Rauchverbot im wissenschaftlichen Teil angenommen.
4. Antrag Gordan: F. W. V. beschliesst, von jeglicher offiziellen Beteiligung bei der Lesehallenwahl abzusehen abgelehnt.
5. Antrag Freudenberg: F. W. V. beschliesst, sich nur dann bei der Wahl durch Aufstellen eigner Kandidaten zu beteiligen, wenn die S. W. V. oder die sog. »Unabhängigen« dies nicht thun — angenommen.
6. Neuwahl der Lokalkommission (siehe Ämter).
7. Levy an Stelle von Keller zum Archivar gewählt.
8. AM. Erich Levy zum AH. ernannt.

3. ordentliche Sitzung 11. V. 96.

1. Stud. stud. Bach, Bendix, Dannenbaum, Rosenbaum in die Vereinigung aufgenommen.

4. ordentliche Sitzung 18. V. 96.

1. IA. Dr. Plessner zum AH. ernannt.
2. Interpellation Gordan-Ewer: »Hat über den Antrag Hirsch (s. 2. ordentl. Sitzung) die nach § 27a der Geschäftsordnung unbedingt notwendige Gesamtabstimmung stattgefunden?« — wird in verneinendem Sinne beantwortet.
3. Gesamtabstimmung über den Antrag Hirsch. Derselbe wird in namentlicher Abstimmung mit 7 gegen 10 Stimmen abgelehnt.
4. Gordan, der am 11. V. sein Amt niedergelegt hatte, wird zum Schriftwart wiedergewählt.

2. ausserord. Hauptversammlung 22. V. 96.

1. Der Vorstand verliest eine Erklärung, dass er infolge des in der Heidelberger Sache bisher unklar gebliebenen Willens der Vereinigung noch einmal die Haupterörterung über die Sache eröffnet.
2. Nach längerer Debatte wird der oben mitgeteilte Antrag Hirsch in namentlicher Abstimmung mit 6 gegen 7 Stimmen abgelehnt; der Antrag Frankfurter: »F. W. V. Berlin hat keine Veranlassung, ihren Mitgliedern den Eintritt in die F. W. V. Heidelberg zu verbieten« — mit 7 gegen 5 Stimmen angenommen.
3. An Stelle von AH. Hirsch, der seine Ämter niedergelegt hat, wird AH. Frankfurter in die RK. gewählt.
4. AH. Dr. Freudenberg an Stelle von AH. Hirsch in die Lokalkommission gewählt.
5. Antrag Freudenberg betr. Feier des Stiftungsfestes (vgl. Bekanntmachung) angenommen.

Ämter.

Vorstand: Arthur Levy, Archivar.
Redaktionskommission: Levy an Stelle von Keller. AH. Frankfurter an Stelle von AH. Hirsch.
Stiftungsfestkommission: AH. AH. Dr. Plessner, Dr. Rosenberger, OM. OM. Fröhlich, Levy, AOM. Perls.
Kneipausschuss: AH. AH. Dr. Freudenberg, Dr. Rosenberger, OM. OM. Kugelmann, Keller, Levy.

Personalia.

Zu AH. AH. ernannt:

AM. Erich Levy, pr. Arzt, Berlin NW., Karlstr. 22.
IA. Dr. Plessner, pr. Arzt, Berlin N., Schönhauser-Allee 31.

In die Vereinigung aufgenommen:

Wilhelm Bach, rer. ing. (Posen).
Joseph Bendix, techn. (Dühnen).
Adolf Dannenbaum, techn. (Fürstenberg i. Westf.).
Alex. Rosenbaum, med. I (Berlin).

Aus der Vereinigung ausgetreten:

AM. Alexander Lewy, München.
AM. Ernst Stettenheimer, Marburg.
AM. Siegfried Guggenheim, Giessen.
AM. Carl Emanuel, Heidelberg.

Examina:

AH. Dr. Fiedland, Marburg, neuphilologisches Staatsexamen.

Wissenschaftliches.

2. ordentl. Sitzung vom 4. V. 96.

Vbr. Ewer spricht über das »Das Duell.«

Vortragender entwickelt im Anschluss an eine Rede R. v. Gneist's den Ursprung des Duells aus dem ger-

manischen Fehdewesen und dem gerichtlichen Zweikampf und beweist diesen Entwicklungsgang aus dem Institut der Kampfgerichte (Gerichte, vor denen persönliche Streitigkeiten ausgefochten wurden), die eine Zwischenstufe zwischen dem gerichtlichen Zweikampf und dem modernen Privat-Duell bilden. Redner verweist nach einer kurzen Besprechung der historischen Entwickelung des Zweikampfes auf die strengen Edikte im 17. und 18. Jahrhundert und stellt dem gegenüber die übermässig milden Strafen der heutigen Gesetzgebung, die von einer kleinen, aber mächtigen Minderheit durchgesetzt seien und dem Rechtsgefühl des Volkes Hohn sprächen. Vortragender glaubt indessen, dass man nicht weiter gehen solle, als die Festungsstrafen in Gefängnis umzuwandeln, denn das bestehende Begnadigungsrecht mache es thatsächlich unmöglich, gegen den Willen einflussreicher Kreise strengere Strafen zur Anwendung zu bringen. Um so mehr müsse man mit aller Kraft darauf hinwirken, dass unter den Studenten, besonders aber im Offizierkorps, die irrige Ansicht schwinde, als ob man durch ein Duell seine angegriffene Ehre wiederherstellen könne, dies könne nur vor Gericht geschehen, aber gerade in den das Duell pflegenden Kreisen herrsche eine unüberwindliche Scheu, Ehrenhändel einem ordentlichen Gericht zu unterbreiten, und diese frivole Nichtachtung der bestehenden Gesetze stehe in schroffem Gegensatz zu dem beständigen Geschrei nach dem Staatsanwalt und nähere sich stark dem Anarchismus, der ja auch nur »seine subjektiven Anschauungen von dem, was anständig, ehrenhaft und im Sinne einer höheren Moral geboten sei, der objektiven Rechtsordnung gegenüberstelle und so ihre Verletzung rechtfertige.« Scharf wendet sich Redner gegen die heute bestehenden Ehrengerichte, die, anstatt den Zweikampf zu verhindern, ihn geradezu legalisieren; er verweist auf eine Kabinetsordre Fr. Wilhelms III., in der ausdrücklich erklärt wird, die Ehrengerichte seien dazu da, um Ausbrüche ungesitteten Betragens zu verhindern, nicht herbeizuführen. Besprochen wird ein vor kurzem bekannt gewordener Fall, wo ein Assessor aus dem Offizierkorps ausgestossen wurde, weil er einen berechtigten Vorwurf, den er als Vorsitzender eines Gerichts einem angeklagten Reserve-Offizier gemacht hatte, nicht zurücknehmen wollte. Mit Recht glaubt Redner solche Ehrengerichte als gemeingefährlich bezeichnen zu müssen. Zum Schluss führt Vortragender aus, dass nach einer Reichsgerichtsentscheidung auch die Schlägermensur »die Nachäffung des Duells« (da bei wirklichen Beleidigungen kein Student auf Schläger fordere) strafbar sei; mit der viel gerühmten Stärkung des Mutes sei es nicht weit her.

Die Diskussion, an der sich eine Anzahl AH. AH. und Vbr. Vbr. lebhaft beteiligten, gestattete auch Anhängern des Duells, ihre Ansicht von der Notwendigkeit des Duells und der dadurch bedingten Straflosigkeit desselben auseinander zu setzen.

3. ordentl. Sitzung vom 11. V. 96.

Redakteur Dr. Paul Schlenther spricht über »Die Freie Bühnen-Bewegung.«

Im Rahmen einer historischen Uebersicht über die Entwickelung des Vereins »Freie Bühne« von seiner Begründung bis zu seinem durch die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts herbeigeführten Ende gab der Vortragende interessante Aufschlüsse über Wesen und Bedeutung der Freien Bühnen überhaupt inbezug auf Litteratur, Schauspielkunst und Publikum. Die Ausführungen Dr. Schlenthers gipfelten in dem Satze, dass der Einfluss der Freien Bühne auf die Förderung der dramatischen Produktion, auf die Erziehung der Schauspieler zu naturwahrer, der blossen Routine abgekehrter Darstellungsweise und auf die Heranbildung eines verständnisvollen, in bestem Sinne kritischen Publikums ein unverkennbarer gewesen sei. Der Freien Bühne sei es zu danken, dass ein Gerhart Hauptmann entdeckt, einem Anzengruber die stehenden Bühnen erobert seien. Wenn auch infolge der jüngsten Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts den verschiedenen »Freien Bühnen« ihr Wirken sehr erschwert oder gar unmöglich gemacht sei, so hätten sie doch ihre Existenzberechtigung vollauf bewiesen. Es müsse deshalb eine Form für die Neugründung derartiger Vereine gefunden werden, welche die polizeiliche Einmischung nunmehr definitiv unmöglich mache.

In der Diskussion wurde die Wirksamkeit der »Freien Bühnen« in litterarischer und sozial-ethischer Beziehung zum Gegenstande der Erörterung gemacht und von anderer Seite insbesondere auf die Entwickelung und Bedeutung der »Freien Volksbühnen« hingewiesen.

Rosenberger.

4. ordentl. Sitzung vom 18. V. 96.

AH. Dr. Plessner spricht über »Der Pauperismus und seine hygienische Bedeutung.«

Nach einer kurzen Uebersicht über die Geschichte unserer sozial-hygienischen Bestrebungen stellt der Vortragende zwei Arten von hygienischen Schädigungen auf, die besonders die wirtschaftlich Schwachen treffen, erstens die durch die materielle Not hervorgerufenen und zweitens die durch spezielle Berufseinwirkung sich ergebenden hygienischen Nachteile. Die ersteren machen in ihrer Gesamtheit das aus, was wir Pauperismus nennen. Die Erscheinungen des letzteren werden dann auf dem Gebiete der Volksernährung und der Volkswohnungsverhältnisse auseinandergesetzt und im ersten Teile der Besprechung des Alkoholismus ein breiterer Raum gewidmet. Für sanitätspolizeiliche schärfste Kontrolle aller Nahrungs- und Genussmittel, für Errichtung von Volksspeiseanstalten, sowie von Arbeiterkolonien vor den Städten mit Pavillonwohnsystem wird eingetreten, und letztere als die Mittel zur Abstellung der genannten Schäden bezeichnet. — Die Diskussion beschäftigte sich mit dem Trunksuchtsgesetz und der Wohnungsfrage, streifte aber noch andere sozialpolitische Gebiete.

Dr. W. P.

Vermischtes.

Die Antrittskneipe feierten wir am 27. April im neuen Vereinsheim. Lewinstein hielt die Tendenzrede und kommandierte einen Salamander auf die F. W. V. Die Gäste begrüsste Vbr. Ewer, die AH. AH. Vbr. Gordan. Im Namen der letzteren antwortete AH. Schmieder. Dem offiziellen Teile folgte eine längere recht gemütliche Fidulität.

Unser Ehrenmitglied, Herr Wirklicher Geheimer Ober-Postrat Prof. Dr. Dambach, ist zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Titel Excellenz ernannt worden.

An der Beisetzung des Geh. Regierungsrats Prof. Dr. Heinrich von Treitschke beteiligte sich die Vereinigung durch Entsendung von 3 Chargierten.

Im Monat Juni werden Vorträge halten:

Am 8. Juni Vbr. Perls: »Die Geschichte der Elektrizität.«
Am 15. Juni Vbr. Gordan: »Der ewige Völkerfriede.«
Am 29. Juni Vbr. Blumenthal: »Beethoven als Künstler und Mensch.«

AH. AH. - Beiträge.

Die Quittungen für die bisher bezahlten freiwilligen Beiträge werden der nächsten Nummer der Monatsberichte beigelegt.

Die Einziehung der noch ausstehenden Beiträge wird vom 10. Juni ab durch Postauftrag erfolgen. Im Interesse der Kostenersparnis ist es erwünscht, dass vorher noch möglichst viele Beiträge eingesandt werden.

Mit F. W. Ver Gruss

Dr. Curt Freudenberg.

Berlin S. O. Waldemarstr. 22.

Dieser Nummer liegen die Quittungen über bezahlte Abonnementsgelder bei. Reklamationen wolle man an AH. Dr. Pick, Berlin W., Gleditschstr. 50, richten. An diese Adresse sind auch die rückständigen Beiträge zu senden.

Einsendungen für die nächste, am 20. Juni erscheinende Nummer nimmt bis zum 12. d. M. AH. Dr. Felix Pick, Berlin W., Gleditschstrasse 50, entgegen.

Durch den Vorsitzenden der R. K. können folgende **frühere Nummern der Monatsberichte** zu den angeführten Preisen bezogen werden:

No. 1 u. 3 à 50 Pf.
No. 5—12 (12 Duell Blum-Eichler) à 30 Pf.
No. 13 (Auflösungs- bezw. Suspensions-Debatte) à 40 Pf.
No. 14 (Ausschuss-Auflösung) und No. 15 (Suspensionsfrage) à 75 Pf.
No. 16 (Ausschuss-Auflösung) — No. 20 à 25 Pf.
No. 22 à 40 Pf.
No. 23—26. [24 (Spangenberg-Nachruf) 25 (freiwillige Krankenpflege)] à 25 Pf.
No. 27 à 40 Pf.
No. 28—32. [28 (Neubegründung des Ausschusses) 29 (Heidelberger F. W. V., Ausschuss), 30 (Unabhängigenbewegung, Verbandssatzungen), 32 (Erörterungen über die Lesehallen-Wahl, Unabhängigenbewegung)] à 25 Pf.
No. 33 (Erörterung über die Alten Herren) à 75 Pf.
No. 34 (Erörterung über die Alten Herren) à 40 Pf.
No. 35—56. [36—39 (Zeitungsfrage) 43 (Nachruf für A.H. Dr. Stadthagen), 45—47 (Erörterungen über ein neues Programm) 49, (Eigenes Heim), 50—51 Freiheit der Wissenschaft), 52. (Die Berliner Burschenschaften und der Verein Deutscher Studenten), 53—58 Kartellfrage und Gründungsgeschichte der Berliner F. W. V.)] à 25 Pf.

Sonderabdrücke beider Reden Spangenbergs 40 Pf.

Bei Bestellungen sind die Beträge bar oder in Briefmarken einzusenden.



Vorsitzender der Redaktionskommission: I. V. Paul Hirsch, Berlin NW., Lessingstr. 32.
Druck von J. S. Preuss, Berlin W., Leipzigerstr. 31/32.